

## **Pressemitteilung 19/2017**

Offenbach, 21.12.2017

### **Wärmedämmung und Brandschutz schließen sich nicht aus**

#### **DEN-Vorstand und Feuerwehr Frankfurt / Main gegen Aktionismus nach Brandfällen**

Wärmedämmung bei der energetischen Sanierung von Gebäudehüllen und ausreichender Brandschutz schließen sich nicht aus. Sowohl nicht brennbare als auch normal entflammbare Materialien eignen sich für die Dämmung und den Bau von Gebäuden, vorausgesetzt eine detaillierte Planung beachtet im Vorfeld bereits die Erfordernisse des Brandschutzes. Dies ist das Ergebnis eines Treffens zwischen leitenden Mitgliedern des Deutschen Energieberater-Netzwerks DEN e.V. und der Führung der Feuerwehr Frankfurt / Main. Anlass boten kontroverse Diskussionen über die Rolle der Fassadendämmung beim Brand des Grenfell Towers in London sowie mehrere Brandfälle in Deutschland vor wenigen Monaten.

Auf Grund kritischer Stellungnahmen von Feuerwehrführern sowie von Presseberichten nach dem verheerenden Brand in London, bei dem über 70 Menschen den Tod fanden, hat der DEN-Vorstand um ein klärendes Gespräch nachgesucht mit dem Direktor der Branddirektion in Frankfurt / Main, Prof. Reinhard Ries. Er hatte sich in Interviews kritisch zur bisherigen Verwendung von Polystyrol im Gebäudebau – vor allem bei Fassadendämmungen – geäußert. DEN-Vorstand Dipl.-Ing. Hinderk Hillebrands: „Man hatte nach dem Brandfall sofort den Eindruck, dass alles auf die brennbare Fassade geschoben wurde, die Brandlasten und vor allem der Brandauslöser – in London war es ein defekter Kühlschrank - aber in den Hintergrund rückten. Das wollten wir richtigstellen.“

Prof. Ries stellte fest, man habe als Feuerwehr kein Interesse daran, dass durch Aktionismus grundsätzlich nur noch nicht brennbare Materialien im Gebäudebau verwenden werden dürfen. Es gehe vielmehr um einen sinnvollen Brandschutz am und im Gebäude, und dabei sei besonders die Geschwindigkeit des Abbrennens ausschlaggebend. Auch für die Feuerwehren seien energetische Maßnahmen am und im Gebäude vielmehr aus Gründen des Klimaschutzes wichtig. Man könne schon jetzt die Auswirkungen der Klimaveränderungen spüren.

Frederik Stahl, Stellv. Sachratenleiter und Sachverständiger der Feuerwehr für Vorbeugenden Brandschutz, verwies auf den sinnvollen Einsatz von nicht brennbaren Materialien im Gebäudebestand und Neubau. Gerade im Bereich von erhöhten Brandlasten, die unmittelbar an ein Gebäude angrenzen, sollten nicht brennbare Materialien eingesetzt werden. Mülleimer oder abgestellte Fahrzeuge seien alltägliche Beispiele dafür.

Prof. Ries begrüßt deshalb grundsätzlich den Einsatz von nicht brennbaren Materialien im Erdgeschoss sowie von Brandriegeln zwischen jedem Geschoss für alle Objekte, die nicht als Hochhäuser gelten. Darunter fallen Gebäude mit einer Höhe von 7 bis 22 Meter. Untersuchungen hätten gezeigt, dass sich darüber hinaus auch bei Bestandsgebäuden Nachbesserungen empfehlen, etwa ein Kantenschutz bei Fassadendämmungen. Bei Gebäuden über 22 Meter Höhe, die als Hochhäuser gelten, seien in Deutschland nicht brennbare Materialien für Wärmedämmungen

bereits vorgeschrieben.

Dipl.-Ing. Michael Brückmann, Sachgebietsleiter Baugenehmigungsverfahren und Gefahrenverhütungsschau bei der Frankfurter Feuerwehr, verwies auf die anstehenden Änderungen der Landesbauordnungen. So werde auch die Novellierung der hessischen Bauordnung gerade vorbereitet.

Der Vorsitzende des DEN, Dipl.-Ing. Hinderk Hillebrands, wies auf die Gefahr hin, dass durch die Novellierungen der Landesbauordnungen auf Grund mehrerer Brandfälle besonders nachwachsende Rohstoffe wie Holz und Zellulose möglicherweise nicht mehr für Gebäude mit Höhen von 7 bis 22 Meter verwendet werden dürfen. Bei einem solchen Verbot werde eine erwünschte bauliche Verdichtung durch Erstellung von Staffelgeschossen im Bestand aber verhindert. Durch den Einsatz von nachwachsenden Materialien wie Holz oder Zellulose werde Gewicht gespart. Nur so sei oftmals eine Ausstockung im Bestand möglich. Ein grundsätzliches Verbot von normal entflammaren Baustoffen wie Holzfasern im Gebäudebau würde sich aber auch insgesamt negativ auf die Betrachtungen von Lebenszyklen im Bau auswirken.

An dem Gespräch nahm auch der DEN-Landessprecher Rheinland-Pfalz und Brandmeister Dipl.-Ing. Dietmar Rieth teil. Er machte deutlich, dass bei Bränden gerade die Brandlasten in den Wohnungen ausschlaggebend seien. So seien neben dem brennbaren Mobiliar insbesondere zunehmend schadhafte Elektrogeräte die eigentlichen Ursachen und Brandauslöser. In jüngster Zeit häuften sich durch die Internetbestellungen von billigen elektrischen Endgeräten die Brandgefahren dadurch, dass nicht korrekt zertifizierte Importwaren aus Asien die europäischen Brandschutzvorschriften unterlaufen und im Fehlerfall leicht Brände verursachen können. Rieth kritisierte, dass es in dieser Hinsicht zu wenige behördliche Kontrollen „vor Ort“ gebe. Die Bundesnetzagentur, als zuständige Prüfbehörde für elektrische Endgeräte in Deutschland, habe diesen Weg „vom Internet zum Endkunden“ bisher nicht im Visier. Es fehle am notwendigen Vollzug; der vorbeugende Brandschutz ende in der Regel vor der Wohnungstür, so der Ingenieur und ehemalige Feuerwehrmann.

Die DEN-Ingenieure und die Vertreter der Frankfurter Feuerwehr stimmten darin überein, dass gerade mit Blick auf einen vorbeugenden Brandschutz bei energetischen Sanierungen eine qualifizierte Baubegleitung unabdingbar sei. Nur so seien die Vorteile durch energiesparende Maßnahmen mit ausreichender Sicherheit im Brandfalle zu gewährleisten. Eine solche Baubegleitung kann durch Fördermittel der KfW mit 50 Prozent oder maximal 4.000 Euro gefördert werden.

Die Gesprächspartner waren sich zudem einig, dass hohe Baukosten nicht durch Brandschutz und energetische Anforderungen verursacht würden, wenn eine detaillierte Planung der Errichtung oder der Sanierung eines Gebäudes voranginge. Dies sei keineswegs immer der Fall. Die Folge sei, dass im Nachgang hohe Investitionen ausgelöst würden, um die vorgegebenen Anforderungen zu erfüllen. Bei einer guten Planung führe der geforderte Brandschutz in der Regel zu Kostensteigerungen von ca. fünf Prozent. Brandschutzanforderungen im Nachhinein umzusetzen verursache hingegen erhebliche Baukostensteigerungen.



Informationen zum Bild:

Brandschutz und energetische Sanierung – Thema beim Treffen führender Vertreter des Deutschen Energieberater-Netzwerks DEN e.V. und der Frankfurter Feuerwehr. Von links: Dipl.-Ing. Hinderk Hillebrands (Vorsitzender DEN), Dipl.-Ing. Michael Brückmann (Sachgebietsleiter Baugenehmigungsverfahren und Gefahrenverhütungsschau Feuerwehr Frankfurt / Main), Prof. Dipl.-Ing. Reinhard Ries (Direktor Branddirektion Frankfurt / Main), Dipl.-Ing. Dietmar Rieth (DEN-Landessprecher Rheinland-Pfalz), Frederik Stahl (Stellv. Sachratenleiter Sachverständiger der Feuerwehr für Vorbeugenden Brandschutz).

Bild: DEN

*Das Deutsche Energieberater-Netzwerk (DEN) e.V. ist ein Zusammenschluss von rund 700 Ingenieuren, Architekten und Technikern. Alle Mitglieder verbindet das gemeinsame Arbeitsgebiet der Beratungs- und Planungsleistungen zur effizienten Energienutzung und Einsatz von erneuerbaren Energien im Gebäudebestand, der Wohnungswirtschaft, Gewerbe und Industrie sowie für Kommunen. Ihre Beratung erbringen sie neutral und unabhängig.*

Deutsches Energieberater-Netzwerk (DEN) e.V.  
Geschäftsstelle Frankfurt/Offenbach  
Berliner Straße 257  
63067 Offenbach  
[info@Deutsches-Energieberaternetzwerk.de](mailto:info@Deutsches-Energieberaternetzwerk.de)  
[www.Deutsches-Energieberaternetzwerk.de](http://www.Deutsches-Energieberaternetzwerk.de)